

Sitzung vom 24. März 1993

918. Anfrage (Entwicklungstendenzen im beruflichen Bildungswesen)

Kantonsrat Rolf Krämer, Zürich, hat am 4. Januar 1993 folgende Anfrage eingereicht:

Aus sozialen und arbeitsmarktlichen Gründen kommt dem beruflichen Bildungswesen sehr grosse Bedeutung zu.

Aus mehreren Veröffentlichungen ist nun ersichtlich, dass sich im Bereich des beruflichen Bildungswesens ungünstige Trends entwickeln:

- Die Zahl der Lehrabbrecher und der Erfolglosen bei den Lehrabschlussprüfungen ist ansteigend und hat eine sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch nicht zu ignorierende Höhe erreicht.
- In zahlreichen Wirtschaftszweigen ist das Lehrstellenangebot sehr deutlich rückläufig.

Diese Trends geben zu Besorgnis Anlass. Wirtschaft und Staat sind aufgerufen, geeignete Massnahmen zu ergreifen.

Ich frage den Regierungsrat an:

1. Worauf führt er die erwähnten Entwicklungen zurück?
2. Welche Gefahren sieht er in diesen Tendenzen?
3. Mit welchen Massnahmen will er die angetönten Entwicklungen stoppen, Trendwenden herbeiführen bzw. die Gefahren vermindern/beseitigen?

Auf Antrag der Direktion der Volkswirtschaft

b e s c h l i e s s t d e r R e g i e r u n g s r a t :

I. Die Anfrage Rolf Krämer, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

a) Gemäss den Geschäftsberichten des Regierungsrates haben sich die Zahlen der Lehrabbrecher sowie der Lehrlinge und Lehrtöchter, welche die Lehrabschlussprüfung nicht bestanden haben, seit 1980 wie folgt entwickelt:

Jahr	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Anzahl laufende Lehrverträge	30 436	30 979	31 443	31 780	31 987	31 527	30 863
Anzahl neue Lehrverträge	12 339	12 209	11 847	11 208	11 387	11 172	11 031
Anzahl Lehrvertragsauflösungen	1 874	1 900	2 078	2 155	1 946	2 093	2 006
Anteil Lehrvertragsauflösungen an laufenden Lehrverträgen	6,2%	6,1%	6,6%	6,8%	6,1%	6,6%	6,5%
Anzahl Prüflingen	8 879	9 508	9 825	10 443	10 494	11 005	10 488
davon nicht bestanden	514	480	615	1032	781	946	840
Anteil in Prozenten	5,8%	5,0%	6,3%	9,9%	7,4%	8,6%	8,0%

Jahr	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Anzahl laufende Lehrverträge	30 183	29 531	28 540	27 129	25 673	24 466
Anzahl neue Lehrverträge	10 778	10 570	10 268	9 433	9 040	8 704
Anzahl Lehrvertragsauflösungen	2 085	2 087	1 915	1 761	1 843	1 810
Anteil Lehrvertragsauflösungen an laufenden Lehrverträgen	6,9%	7,1%	6,7%	6,5%	7,2%	7,4%
Anzahl Prüflingen	10 165	10 831	10 897	10 540	9 591	9 272
davon nicht bestanden	690	705	1 023	808	868	809
Anteil in Prozenten	6,8%	6,5%	9,4%	7,7%	9,1%	8,7%

Dieser Tabelle ist zu entnehmen, dass sich der Anteil der Vertragsauflösungen im Verhältnis zum Gesamtbestand der Lehrverhältnisse von 1980 bis 1992 nicht erheblich verändert hat. Im übrigen bedeutet eine Lehrvertragsauflösung nicht ohne weiteres einen endgültigen Abbruch der Ausbildung. Nach Untersuchungen des Amtes für Berufsbildung schliessen vielmehr rund 50% der Lehrlinge und Lehtöchter, die einen Lehrvertrag auflösen, einen neuen Vertrag ab und beenden ihre Lehre erfolgreich. Eine Lehrvertragsauflösung ist demnach in vielen Fällen eine Korrektur des Berufswahlentscheides oder der Wahl des Lehrbetriebs, die schliesslich zum erfolgreichen Lehrabschluss führt.

Der Anteil der Lehrlinge und Lehtöchter, welche die Lehrabschlussprüfung nicht bestanden haben, ist seit 1980 etwas angestiegen, wobei verhältnismässig grosse Schwankungen zwischen einzelnen Jahren festzustellen sind. Auch hier ist allerdings darauf hinzuweisen, dass viele Prüflinge, die im ersten Anlauf gescheitert sind, die Lehrabschlussprüfung erfolgreich wiederholt haben.

b) Da Untersuchungen über die Ursachen von Lehrabbrüchen und Misserfolgen bei den Lehrabschlussprüfungen fehlen, ist man auf Vermutungen angewiesen. Neben einer generellen Zunahme der Anforderungen an Lehrlinge namentlich in der Berufskunde dürfte die folgende Entwicklung eine Hauptursache für Misserfolge in der Ausbildung sein: Der Anteil der Mittelschüler unter den Jugendlichen nimmt laufend zu. Die offenen Lehrstellen werden zunehmend von Jugendlichen besetzt, die noch vor wenigen Jahren kaum Gelegenheit erhalten hätten, eine Berufslehre zu absolvieren. Der Einbezug dieser schulisch schwachen Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung ist sozial erwünscht, führt aber notgedrungen zu einem gewissen Anstieg der Misserfolge. Fachleute vermuten auch, dass die Auswahl der Lehrlinge in den Lehrbetrieben nicht immer optimal gestaltet wird: Oft wird nicht gründlich genug abgeklärt, ob ein Jugendlicher den Anforderungen einer bestimmten Lehre wirklich gewachsen ist.

Die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft ist im allgemeinen nach wie vor gut. Soweit das Lehrstellenangebot jedoch reduziert wird, was besonders bei attraktiven Ausbildungsplätzen sehr bedauerlich ist, hat dies vor allem wirtschaftliche und firmenspezifische Gründe.

c) Obwohl die Zunahme der Misserfolgsquote verhältnismässig gering ist, darf sie nicht ignoriert werden, weil Jugendliche, die in der Berufsausbildung Misserfolge erleben, auch in ihrer Persönlichkeitsbildung geschwächt werden. Vor allem steigt aber die Gefahr, dass solche Jugendliche arbeitslos werden, denn Ungelernte sind bekanntlich besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht.

Die Aufhebung von Lehrstellen in Berufen, die hohe Anforderungen stellen, vermindert das Ansehen der Berufslehre und verstärkt den Trend zum Besuch der Mittelschule, was

bildungspolitisch nicht erwünscht ist. Zudem entsteht die Gefahr eines Mangels an entsprechenden Fachkräften.

d) Berufsschulen und Lehrbetriebe bemühen sich, auch schwächeren Jugendlichen eine erfolgreiche Ausbildung zu ermöglichen. Seitens der Berufsschulen wurden dazu in letzter Zeit folgende Massnahmen in Angriff genommen:

- Einrichtung einer Vorlehre für Ausländer mit schlechten Deutschkenntnissen.
- Ausbau der Stützkurse an den Berufsschulen, wozu eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde.
- Versuche zur Reform des allgemein bildenden Unterrichts, um die Handlungsfähigkeit der Lehrlinge besonders zu fördern.
- Förderung der Lehrmeisterausbildung.
- Entwicklung eines Konzepts zur besseren Förderung von Jugendlichen mit spezifischen Lernstörungen, das ab Sommer 1993 im Rahmen der Lehrerweiterbildung umgesetzt wird.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben.

Allerdings setzen die knappen Finanzmittel diesen Bemühungen enge Grenzen. So musste die geplante Weiterbildung von Lehrmeistern aufgeschoben werden. Ausserdem sind die Berufsschulen aus finanziellen Gründen gezwungen, grössere Klassen zu führen, was schwächere Schüler benachteiligt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Volkswirtschaft.

Zürich, den 24. März 1993

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:
Roggwiller